

## Mit der Lohnpolitik in die Stabilisierungskrise?

*Die derzeit vorliegenden Lohnforderungen der Gewerkschaften deuten darauf hin, daß mit einer stabilitätskonformen Lohnpolitik im vereinten Deutschland nicht gerechnet werden kann. Daraus ergeben sich erhebliche Gefahren für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Noch können die Gewerkschaften durch einen Kurswechsel eine Stabilisierungskrise verhindern, die letztlich vor allem den Arbeitnehmern schaden würde.*

Die westdeutsche Wirtschaft ist nahezu voll ausgelastet. Der wirtschaftliche Wiederaufbau der früheren DDR erfordert einen umfangreichen Transfer von Gütern und Dienstleistungen in die neuen Bundesländer. Auch wenn durch geringe Staatsausgaben im Westen und einen Rückgang des Leistungsbilanzsaldos güterwirtschaftliche Spielräume entstehen, reduziert der Realtransfer zugunsten Ostdeutschlands den möglichen Zuwachs des Konsumgütervolumens im Westen. Die Lohnpolitik muß darauf Rücksicht nehmen, wenn es nicht zu einem deutlichen Anstieg der Inflationsrate kommen soll.

Derzeit ist eher das Gegenteil zu erwarten. Die Lohnforderungen gehen über den Produktivitätsfortschritt hinaus. Werden sie durchgesetzt, so nehmen die Stückkosten und die nominelle Konsumnachfrage zu. Damit wird aber der Grundstein für eine Lohn-Preis-Spirale gelegt, die nahezu zwangsläufig einen restriktiven Einsatz der Geldpolitik nach sich zieht. Der daraus resultierende Anstieg des ohnehin schon hohen Zinsniveaus könnte einen Einbruch bei den privaten Investitionen verursachen. Gravierende Produktions- und Beschäftigungsverluste sind die wahrscheinlichen Folgen einer durch verfehlte Lohnpolitik provozierten Stabilisierungskrise.

Die Gewerkschaften werden sich kaum auf Lohnforderungen einlassen, die hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben und damit kosten- und nachfragedämpfend wirken würden. Daher sollte man sich auf eine alternative Möglichkeit konzentrieren, die den lohnpolitischen Handlungsspielraum weniger einschränkt. Die Arbeitgeber könnten Lohnerhöhungen im Umfang des Produktivitätsfortschritts anbieten, von denen ein Teil investiv gebunden werden muß. Die Arbeitnehmer hätten dann nicht auf Nettoeinkommen, sondern nur auf dessen konsumtive Verwendung zu verzichten. Im Umfang des zusätzlichen Sparens würden sie zur Finanzierung von Investitionen und Staatsverschuldung beitragen.

Noch besser als die Einführung von Investivlöhnen wäre eine betriebliche investive Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer bei Verzicht auf entsprechende Nominallohnsteigerungen. Der Vorteil läge zum einen in der höheren Flexibilität der Entlohnung aus der Sicht der Unternehmen. Zum anderen wären die Arbeitnehmer automatisch an überproportional steigenden Gewinnen im Aufschwung beteiligt, was die Gefahr zusätzlicher

Lohnforderungen reduziert. Wenn zu einer derartigen Lohnverwendungspolitik übergegangen wird, lassen sich verteilungs- und stabilitätspolitische Ziele miteinander vereinbaren.

Das Streben nach der kurzfristigen Verbesserung der Einkommensverhältnisse in den östlichen Bundesländern dürfte die von der Lohnpolitik ausgehenden Risiken in besonderer Weise verschärfen. Es zeichnet sich bereits ab, daß mit dem Schlagwort „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ Lohnforderungen gestellt und durchgesetzt werden, die weit über den in der früheren DDR erzielbaren Produktivitätsfortschritt hinausgehen. Diese Politik gefährdet die Erhaltung noch bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze und kann daher nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegen.

Lohnerhöhungen, die den Produktivitätsfortschritt noch stärker überschreiten als im Westen, führen zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der Stückkosten. Wegen der Westkonkurrenz können diese Zusatzkosten selbst dann nicht überwältigt werden, wenn die Konsumnachfrage insgesamt wächst. Die DDR-Unternehmen hätten daher Gewinneinbußen hinzunehmen, was angesichts der ohnehin prekären Gewinnsituation kaum möglich ist. Sie werden daher in vielen Fällen den Betrieb einstellen müssen. Hinzu kommt, daß auch kooperations- und investitionswillige Westunternehmen durch überzogene Lohnerhöhungen abgeschreckt werden.

Aus beschäftigungspolitischer Sicht ist es daher erforderlich, die Lohnforderungen an den gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten zu orientieren. Das heißt nicht, den wünschenswerten Aufholprozeß auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Eine maßvolle Lohnpolitik in der Anlaufphase wird dazu beitragen, daß Investitionen und Beschäftigung in den neuen Bundesländern schon bald und kräftig zunehmen. Mit der Modernisierung der Wirtschaft geht aber auch ein starker Produktivitätszuwachs einher, der die Voraussetzung für überdurchschnittliche Lohnerhöhungen und damit für eine Angleichung der Lebensverhältnisse bildet. Mit anderen Worten: Vorübergehende Lohnzurückhaltung dürfte sich schon in kurzer Zeit auszahlen.

Wenn es nicht gelingt, den Lohnanstieg im ganzen am Produktivitätszuwachs auszurichten und in Westdeutschland auf eine investive (Teil-)Verwendung hinzuwirken, ergeben sich erhebliche Gefahren für Preisniveau und Beschäftigung auch in den alten Bundesländern. Daß überzogene Lohnforderungen in Verbindung mit einer restriktiven Geldpolitik einen konjunkturellen Einbruch und langanhaltende Arbeitslosigkeit verursachen können, zeigen die Erfahrungen mit der ersten großen Nachkriegsrezession in den siebziger Jahren. Dem vereinten Deutschland bleibt eine solche Entwicklung hoffentlich erspart.

Dr. Wolfgang Scherf, Hochschulassistent, Institut für Finanzwissenschaft, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg